

mokratie durch die Bourgeoisie“, sei sie es doch, die an der organisierten Destabilisierung und dem Chaos in der haitianischen Gesellschaft spezielles Interesse habe. Dort seien auch die eigentlichen Drahtzieher hinter dem Militär zu finden.

Mit diesen völlig gegensätzlichen Positionen und Verhaltensweisen spiegelt sich in der Kirche die zerrüttete und polarisierte Gesellschaft Haitis wider. Wird es Aristide gelingen, auch die wohl weiterhin in stummer Opposition verharrenden Bischöfe in sein „Fest der Versöhnung“ mit einzubeziehen? Und wie wird er erreichen, daß seine Anhänger aus den „Ti Legliz“ (den „kleinen Kirchen“, der linkskatholischen Basisbewegung) ihm darin folgen? Im Februar 1996 soll der kleine charismatische Priesterpräsident sein Amt an einen demokratisch gewählten Nachfolger abgeben – bis dahin liegt eine wahre Herkulesaufgabe vor ihm. fo

Krücken

Die Diskussion um die Frauenquote – jetzt auch in der CDU

Eine Quote „light“ sollte sich die CDU per Grundsatzbeschluß auf ihrem Parteitag Ende November verordnen. Wie kaum anders zu erwarten beim Reizwort „Frauenquotierung“, stieß CDU-Generalsekretär Peter Hintze mit seinem Quotenmodell auf reichlich Entrüstung und Gegenwehr. Also mußte noch einmal etwas verdünnt werden.

Was sich hinter dem verschämten „Quorum“ genannten, komplizierten Konzept verbirgt: Künftig soll bei Wahlen zu Parteiämtern mindestens ein Drittel der Stimmen für Frauen, eines für Männer abgegeben werden. Für das letzte Drittel aber gibt es keine Festlegungen. Damit Frauen quasi automatisch bessere Chancen auf höhere Ränge haben, soll bei Listenvorschlägen zu Mandaten und öffentlichen Ämtern für einen von drei jeweils auf-

einanderfolgenden Listenplätzen eine Frau vorgeschlagen werden. Eingebunden ist das Konzept in eine umfassendere Parteireform zum 50. Geburtstag der CDU im Jahr 1996.

Über den Handlungsbedarf in Sachen Frauenbeteiligung hätte es dabei wohl kaum größerer Debatten bedurft. Neben der Tatsache, daß CDU-Wählerinnen vorwiegend über 60 Jahre alt sind, gibt es, obwohl etwa ein Viertel der 685000 CDU-Mitglieder Frauen sind, beispielsweise nur fünf Prozent weibliche Kreisvorsitzende. Besonders aber die Bilanz nach der Bundestagswahl am 16. Oktober fiel erbärmlich aus: Nur noch 15,2 Prozent der christdemokratischen Bundestagsabgeordneten sind Frauen, Grüne und SPD dagegen waren auf 59,2 beziehungsweise 34,1 Prozent stolz.

Der Blick auf die Konkurrenz alleine jedoch war nicht so überzeugend, als daß der CDU all die Diskussionen erspart geblieben wären, die der Vorschlag einer Frauenquotierung, gleich in welcher Partei, ob in Gewerkschaften, in der Industrie oder im öffentlichen Dienst, regelmäßig provoziert. Sattsam bekannt sind die unvermeidlichen Argumente. Befürworter verweisen unermüdlich auf überreichlich vorhandene Empirie. Umfragen und Studien haben schon unzählige Male gezeigt, daß mit steigender Höhe in den Hierarchien der Frauenanteil rapide sinkt. Und dies gilt mehr oder weniger für alle gesellschaftlichen Institutionen, Gruppierungen und Unternehmen in gleichem Maße. Selbst da, wo Frauen erfolgreich ihren Weg gegangen sind, war dieser ungleich steiniger als der ihrer männlichen Kollegen und Konkurrenten. Erst nach gezielter Frauenförderung sei überhaupt sinnvoll von der grundgesetzlich garantierten Gleichheit zu sprechen.

Zum festen Repertoire der Gegner zählt dagegen die Argumentation mit nur einer Hälfte des Teufelskreises: Wenn sich immer weniger Frauen in der Partei engagieren, lassen sich auch immer weniger Vorstandsposten, immer weniger Mandate mit ihnen besetzen. Überdies, Quotierung und andere

direkte Frauenfördermaßnahmen verstoßen gegen den durch die Verfassung geschützten Gleichheitsgrundsatz.

Das wichtigste und entscheidende Argument gegen die Quote aber ist nicht leicht zu bestreiten: Frauen, die sich unter doppelter Beargwöhnung und Leistungsanforderung verantwortungsvolle Positionen und Schaltstellen erarbeitet haben, verbieten es sich, mit dem Etikett „Alibi-“ oder „Quotenfrau“ disqualifiziert zu werden. Eine Frau auf den Schild zu heben, (nur) weil sie eine Frau ist, sei erniedrigend und beleidigend.

Der Einwand aber verpflichtet zuerst einmal dazu, auf beleidigende Argumente in der Quotendiskussion zu verzichten. Die faktische Unterrepräsentanz von Frauen unter Mandatsträgern, in Leitungs- und Führungspositionen, in maßgeblichen Gremien und Schaltstellen kann unmöglich mit dem tatsächlichen Leistungs- und Qualifizierungsniveau unter Frauen in Zusammenhang stehen. Daß – in einer besseren Welt – primär das Kriterium Qualifizierung entscheidend sein muß, ist mit einer Quotenregel aber keinesfalls bestritten. Ebenso als beleidigend muß es zwangsläufig empfunden werden, wenn der Ruf nach solchen Fördermaßnahmen Teil der Imagekampagne einer Partei ist, wenn nur die (männliche) Angst um Wählerinnenstimmen als frauenpolitische Ratgeberin fungiert.

Jedesmal aber wird vor allem die Quotenregelung bestritten und bekämpft, so als wären ihre Verfechter und Verfechterinnen der unerschütterlichen Überzeugung, mit ihr schon den Vorhof des „Gleichberechtigungshimmels“ erreicht zu haben. Aber wer behauptet denn schon, daß Quoten unproblematisch, womöglich zum Nulltarif zu haben sind? Gerade in der Parteienlandschaft ist doch zur Genüge bekannt, wie hinderlich diese sein können: die Selbständigen-, die Beamten-, die Handwerker-, die Arbeitnehmer- und Unternehmerquoten, der Proporz nach Konfession und Region. Warum jedoch nur bei den Frauen soviel Widerstand?

Rita Süßmuth hat die Frauenquotierung als „Krücken-, nicht Königsweg in der Demokratie“ bezeichnet. Dieser Weg führt über eine bestimmte Durststrecke: Von der Wegmarke „A“ der unverbindlich bleibenden Appelle und Absichtserklärungen hin zur Station „B“. Durch sanften Druck, schmerzlich erprobte Abstimmungsmarathons und bedenkliche Lücken in manchen Positionen kommt es bei dieser Station vielleicht zu ehrlicher Bestandsaufnahme: über die „Orte“, wo bei gleichen Ausgangsbedingungen an der Basis die Versickerung von Frauen beginnt oder darüber, warum Frauen, wenn Wahlkreise und Listenplätze zu vergeben sind, nicht mehr im Rennen sind. Rechenschaft darüber ist nötig, in welchen wirklich einflußreichen Gremien sie vertreten sind und warum sich parteipolitisch aktive Frauen überwiegend im Bereich Soziales wiederfinden.

Das Erreichen der Schmerzgrenze befördert auch das Nachdenken über die in einer Partei vorherrschenden Frauenbilder oder das Bild der Frauen von der Partei. Auf den Prüfstand muß auch die mögliche Handhabung bestimmter Parteiämter, wenn sie von Frauen oder Männern bekleidet werden, die auch noch Familienpflichten zu erfüllen haben. Besonders aber hilft dieser Streckenabschnitt zur Klärung des Verständnisses von Politik und politischer Arbeit. Gilt doch immer noch, daß der Frauenanteil in außerparlamentarischen Gruppierungen, in Bürgerbewegungen sehr viel größer ist als in allen Parteien.

Die Quotenregelung bleibt damit immer noch eine Krücke, die die (Männer-)Gesellschaft – bedauerlicherweise immer noch auf Kosten der Frauen – während der Rehabilitations- und Rekonvaleszenzphase neben vielen anderen Maßnahmen dringend braucht. Eine Krücke auf dem noch langen Weg zu einer wirklich gleichberechtigten Gesellschaft, die, wie es ein geflügeltes Wort so treffend beschreibt, erst dann wirklich erreicht ist, wenn auch weibliche „Nieten“ in den höchsten Rängen und Positionen zu finden sind. fo

Johannes Paul II.: Vorblick auf das Jubiläumsjahr 2000

Die herannahende Jahrtausendwende wirft ihre Schatten voraus. Der Papst legt jetzt ein umfangreiches Schreiben vor, das ein Rahmenprogramm für die Aktivitäten der katholischen Kirche für Vorbereitung und Gestaltung des „Großen Jubiläums“ 2000 enthält. Ob und in welchem Umfang sich dieses Programm umsetzen läßt, ist noch völlig offen.

Genau fünf Monate nach der Kardinalsversammlung vom 13. und 14. Juni dieses Jahres, die sich vor allem mit der Vorbereitung und Gestaltung des Jubiläumsjahres 2000 befaßte (vgl. HK, Juli 1994, 329), wurde jetzt ein umfangreiches Schreiben Johannes Pauls II. zu diesem Thema veröffentlicht. Das Apostolische Schreiben „Tertio Millennio Adveniente“ bezieht sich teilweise auf Vorschläge und Anregungen aus der Kardinalsversammlung bzw. aus dem Weltepiskopat im Blick auf das bevorstehende Jubiläumsjahr an der Schwelle vom zweiten zum dritten Jahrtausend. Etliche Passagen des vom 10. November datierten und am 14. November publizierten Dokuments finden sich mehr oder weniger wörtlich schon in dem vatikanischen Positionspapier, das den Kardinälen zur Vorbereitung ihrer Versammlung in diesem Frühjahr zugegangen war (vgl. den Text in: il regno, 1.9.94).

„Tertio Millennio Adveniente“ hat drei inhaltliche Schwerpunkte: Zum einen entwirft der Text einen theologisch-spirituellen Rahmen für die Feier des Jahres 2000, indem er emphatisch die Bedeutung des Christusereignisses als Mitte von Geschichte und Welt hervorhebt. Zum anderen versucht Johannes Paul II. in seinem Schreiben, herausragende Ereignisse und Entwicklungen in der neueren Geschichte der katholischen Kirche, vor allem das Zweite Vatikanische Konzil, als providentielle Vorbereitung auf das große Jubiläumsjahr zu deuten. Schließlich enthält das Dokument eine

Art gesamtkirchliches Programm für die Vorbereitung des Jubiläums 2000 in den nächsten Jahren, wobei zwischen einer ersten Phase bis 1997 und einer zweiten zwischen den Jahren 1997 und 1999 unterschieden wird.

Das Konzil als Vorbereitung auf die Jahrtausendwende

„Heilige Jahre“ gibt es in der Kirche seit dem Hochmittelalter, als Bonifaz VIII. für die Jahrhundertwende 1300 erstmals ein solches mit einem besonderen Ablass verbundenes Jubeljahr ansetzte. Seit dem 15. Jahrhundert hat sich ein Abstand von 25 Jahren für die Feier eines „Heiligen Jahres“ eingebürgert; das letzte reguläre Jubeljahr wurde 1975 unter Paul VI. begangen. 1983/84 folgte dann unter dem jetzigen Papst ein außerordentliches Heiliges Jahr, begründet mit der 1950sten Wiederkehr von Tod und Auferstehung Jesu Christi. Das „Große Jubeljahr“ 2000 werde, so jetzt das Apostolische Schreiben, in seinem Inhalt in gewissem Sinn gleich wie jedes andere sein: „Aber zugleich wird es andersartig und größer als jedes andere sein.“

Johannes Paul II. bezeichnet in „Tertio Millennio Adveniente“ mit Sätzen aus dem internen Vorbereitungspapier vom Frühjahr das Zweite Vatikanum als ein „Ereignis der Vorsehung“, durch das die Kirche die unmittelbare Vorbereitung auf das Jubiläum des Jahres 2000 in Gang gesetzt habe und